

Der Sozialstaat muss weg

Wie er sich selbst diskreditieren muss

Von Walter K. Eichelburg

Datum: 2016-07-12, [Update 1 in Blau](#)

Bald beginnt eine neue Epoche: des Goldstandards, der Monarchie und dem Ende des Sozialismus von heute. Vorher muss noch das heutige, politische System verschwinden. Dieses wird gerade in die Hochverrats-Falle getrieben. Der heutige Sozialstaat ist kaum mehr finanzierbar, dafür finanziert er perverse Auswüchse aller Art. Daher muss er gemeinsam mit der heutigen Politik weg.

Der Sozialstaat muss weg

Ich habe schon mehrfach geschrieben, warum der heutige Sozialstaat weg muss: weil er in einem neuen Goldstandard nicht mehr finanziert werden kann. Ausführlich beschreibe ich es in diesem Artikel: „[Konsequenzen eines Goldstandards](#)“. Da drinnen wird auch der berühmte Artikel von Alan Greenspan aus 1966 verlinkt: „[Gold und wirtschaftliche Freiheit](#)“. Ein Wohlfahrtsstaat wie heute ist nur mit einem fast beliebig expandierbaren Papiergeldsystem zu machen, nicht mit einem Goldstandard. Das Papiergeldsystem hat aber auch seine Grenzen, diese werden gerade erreicht, dann muss wieder ein Goldstandard mit Gold- und Silbergeld kommen. Hier ein Artikel von mir auf MMnews zum selben Thema: „[Die Entfernung des Wohlfahrtsstaats](#)“.

Der Sozialstaat ist aber viel mehr als die staatliche Bereitstellung von Renten und Pensionen, Krankenkassen, Krankenhäusern, usw. Primär dient er dem Stimmenkauf und der Versorgung von staatlichen Günstlingen der Parteien in der Verwaltung. In diesem Artikel von mir auf MMnews „[Richtige Privatisierungen](#)“ zeige ich einige Beispiele:

Die heutigen, demokratischen Staaten in Europa, betreiben noch viel mehr als diese Systeme. Zu den ganzen Behörden mit ihren Gebäuden und Einrichtungen kommen noch viele staatliche Firmen dazu. Die Ausmasse sind gigantisch:

- *Die öffentlich-rechtlichen Radio- und TV-Sender*
- *Die Eisenbahnen*
- *Die Strassennetze*
- *Die Krankenhäuser in ihrer Mehrzahl*
- *Überregionale und regionale Energieversorger wie Verbund oder Stadtwerke*
- *Wasser-, Abwasserversorger, Müllabfuhr, und andere Utilities*
- *Opernhäuser und andere Kultureinrichtungen, meistens subventioniert*
- *Es gibt noch viele dieser Geldfresser, die wir gar nicht kennen*

Hat sich schon jemand gefragt, warum die Gehälter beim Staat meist höher als in der Privatwirtschaft sind und die Beamtenpensionen sehr viel höher als die Renten sind? Weil das die wirklich Privilegierten im heutigen Sozialismus sind. Diese Privilegien gibt es nicht nur in der staatlichen Verwaltung, sondern auch bei den oben angeführten staatlichen Unternehmen, die zwar meist im für die Privatwirtschaft zuständigen Rentensystem sind, aber Zusatzpensionen anbieten.

Wie weit diese Privilegierung geht, zeigt dieser Artikel in der Presse: „[Bank Austria: Bis zu vier Jahresgehälter zusätzlich für Abgang](#)“:

Die Modalitäten habe die Geschäftsführung mit dem Betriebsrat ausverhandelt, die Betriebsvereinbarung sei noch nicht unterschrieben, so der "Standard". Die rund 3.300 "definitiv gestellten" Mitarbeiter sollen zusätzlich zur gesetzlichen Abfertigung vier Jahresgehälter dazubekommen, die "nicht definitiv gestellten" Mitarbeiter zwei Jahresgehälter.

Diese Mitarbeiter, die man jetzt mit einem grossen Golden Handshake loshaben möchte, kommen aus der früheren Zentralsparkasse, die damalige Bank der Stadt Wien. Die sind nicht nur unkündbar, sondern haben auch eine eigene Krankenkasse mit viel besseren Bedingungen und viel bessere Pensionen. Diese Bank ist seit 1998 in ausländischem Besitz, jetzt im Besitz der italienischen Unikredit, aber diese „Beamtenverträge“ brachte bisher auch die Unicredit nicht weg. Ich nehme an, dass es bei deutschen Sparkassen im Besitz der Städte auch nicht viel anders ist.

Es ist so: der „demokratische Staat“ von heute dient primär seinen Funktionären und Beamten zur Versorgung und sekundär dem Stimmenkauf. Die ganz grossen Brocken an „Wohlfahrt“ bekommen die beim Staat arbeitenden Günstlinge, etwas weniger die Sozialleistungsempfänger. Das alles müssen die Leistungsträger der Privatwirtschaft erarbeiten. Neben den enormen Steuern werden sie noch mit gigantischer Bürokratie gequält.

Der Sozialstaat muss sich selbst diskreditieren

Alles, was weg kommt, muss sich derzeit selbst diskreditieren, etwa der gesamte Staat, die Justiz oder das Bildungssystem. Ebenso das Sozialsystem. Die Bürger sollen den Eindruck bekommen, dass es nicht mehr für sie da ist, sie nur mehr zahlen müssen. Hier einige Beispiele, die man etwa auf der Seite [Sozialsysteme](#) von Hartgeld.com findet.

Endlose Wartezeiten auf Behandlungen:

Hier einige Beispiele aus Österreich: Krone: [„Bandscheibenvorfall: Spital überfüllt: Fast 2 Jahre warten auf OP“](#), Presse: [„Die Aufrüstung der Privatkliniken“](#):

Weil Patienten nicht monatelang auf Untersuchungen und Operationen warten wollen, weichen sie zunehmend auf Privatspitäler aus. Diese haben die Zeichen der Zeit längst erkannt.

Jeder Österreicher muss zwangsweise in diese staatlichen Krankenkassen einzahlen, aber wenn er dann eine Leistung braucht, kann er gleich zum Wahlarzt oder ins Privatspital gehen und dort noch einmal bezahlen.

Stopp: nur für die Österreicher ist es so, die Privilegierten des Wiener Bürgermeisters Häupl brauchen nicht einmal in den Spitalsambulanzen warten - Kurier: [„Keine Wartezeit für Flüchtlinge“](#):

Überfüllte Spitals-Ambulanzen: Asylwerber werden vorgereicht, damit begleitende Dolmetscher nicht so lange warten müssen. Patienten protestieren.

Das ist natürlich nur ein Vorwand. Die Handler werden es Häupl und einigen Stadträten wohl befohlen haben, sonst kommen grausliche Sachen über sie raus. Die kommen ohnehin raus, wenn die Handler diese Politiker wegwerfen, was wir bald erwarten.

Weil wir gerade bei Häupls Privilegierten sind, hier noch ein Fall aus der Krone: [„5682 € Sozialhilfe - ein völlig falsches Signal!“](#):

Bei Sozialhilfe von rund 8000 Euro plus Gemeindewohnung sind viele Wiener mehr als nur empört. "Ich habe zwei Kinder und warte nun schon seit 2011 auf eine Gemeindewohnung. Ich arbeite aber Vollzeit. Ich koche gerade innerlich, das ist an Ungerechtigkeit nicht zu überbieten", schreibt Penaldo auf krone.at. Ein anderer Leser formuliert es so: "Mein Sohn samt Lebenspartnerin und fünfjährigen Zwillingen wartet mehr als fünf Jahre vergeblich!" Die Befürchtung vieler: "In der Asylpolitik wird eine Menge Geld zum Fenster rausgeschmissen."

Diese Afghanen, die in Österreich noch nie einen Tag offiziell gearbeitet haben, wollen jetzt per [künstlicher Befruchtung ein 10. Kind](#), auch von uns finanziert. Häupls AKH spurt schon. Oder doch nicht, weil es in der Kronenzeitung erschien?

Das ist nicht nur in Österreich so, das ist überall so. Auch Fälle aus Deutschland sind bekannt. Dort fordern Asylbewerber vollständige Gebissanierungen kostenlos und sofort, während der Deutsche viel Geld dafür zahlen und warten muss. Und wehe, ein Arzt regt sich auf, dann wird er sofort niedergemacht. Dass es etwa für Asylbewerber alles sofort gibt, der Beitragszahler aber endlos warten muss, ist eine solche Diskreditierung des Sozialsystems.

Jede Perversität müssen die Krankenkassen bezahlen:

Hier ein Artikel auf Kopp: „[Krankenkasse muss Bartentfernung für Transsexuelle bezahlen](#)“:

Im Streitfall hatte die Krankenkasse einem Mann die Geschlechtsumwandlung zur Frau bezahlt. Die männlichen Haare sollte nach der Operation ein niedergelassener Arzt mittels Nadelepilation entfernen. Der konsultierte Arzt gab an, dass er die Nadelepilation nur für höchstens 5 Minuten pro Woche durchführen könne.

Da fragt man sich, warum bezahlen die Krankenkassen in Deutschland das? Laut einem Leser drohen diese Personen einfach mit Selbstmord, falls das nicht bezahlt wird und lassen ein ärztliches Gutachten dazu anfertigen. Kein Bürokrat bei den Krankenkassen will für einen Selbstmord verantwortlich sein und genehmigt. Es ist ja nicht sein Geld, das so rausgeworfen wird. Hauptsache, er kann seine Entscheidung auf ein ärztliches Gutachten stützen.

Hier eine Leserzuschrift aus Deutschland zu diesem Fall:

Todkranke und sonst wirklich Bedürftige müssen in diesem Dreckstaat BRD ums Überleben kämpfen, um an notwendige Medikamente zu kommen. Dann erlebt man wie hier bei der Bartentfernung für besonders hergestellte "Patienten", dass diese viel wichtiger sind. Und, ja, sie sind es für dieses kranke Selbsterhaltungssystem, welches sich auf die Fahnen geschrieben hat, alle kranken Naturen zum Objekt der allgemeinen Erniedrigung zu machen, um die geistigen Irren in den Parlamenten Platz nehmen zu lassen.

Es bleibt zu hoffen, dass bald der Kaiser kommt, um gründlich aufzuräumen, und dem wirklichen Menschen wieder Platz zu machen.

Ja, der Kaiser wird hier aufräumen, indem er dieses ganze Sozialsystem abschafft. Es ist dringend notwendig. Das gesamte System muss weg.

Die künstliche Lebensverlängerung:

Hier ein interessanter Artikel in der Süddeutschen: „[Erzwungene Qual am Ende des Lebens](#)“:

Seit Langem fordern kritische Ärzte, zum Lebensende nicht das gesamte medizinische Repertoire anzubieten. Nicht, um an den Patienten zu sparen, sondern um ihnen unnötiges Leid zu ersparen. Die Verdrängung des Todes durch Ärzte wie Patienten sowie das als Kränkung empfundene Eingeständnis, einen Patienten nicht mehr heilen zu können, führen oftmals dazu, dass der Aktivismus über die Vernunft siegt und weiter therapiert wird - bis zum letzten Stündlein. "Weil die genaue Prognose unmöglich ist und der Druck der Angehörigen wie auch das ärztliche Selbstverständnis zum Handeln verleiten, werden sich unnötige Behandlungen am Lebensende nie ganz vermeiden lassen", sagt Magnolia Cardona-Morrell. "In einem derartigen Ausmaß muss das aber nicht akzeptiert werden."

Früher gab es das nur für Diktatoren, bei denen sich die Funktionäre über die Nachfolge nicht einig waren, heute wird das allgemein gemacht. Oft fließen 90% der gesamten Medizin-Ausgaben für einen Menschen in dessen letztes Lebensjahr. Da gibt es von den Pharmafirmen sündteure Chemotherapien für das Krebs-Endstadium, die €70'000 oder mehr kosten können. Hier ein Beispiel im Focus: „[Teurer Kampf gegen den Krebs Medikament kostet bis zu 70.000 Euro](#)“.

Die Bürokraten in den Krankenkassen genehmigen auch hier, denn keiner von denen möchte etwa von den Angehörigen bei Nicht-Genehmigung einer Therapie geklagt werden. Ist ja nicht deren Geld. Früher war es fast unmöglich, wegen ärztlicher Kunstfehler zu klagen, weil sich kein Gutachter fand. Heute ist das auch bei uns kein Problem. Das ist auch für die gigantische Bürokratie-Welle in der Medizin verantwortlich, denn jeder Arzt und Bürokrat möchte sich gegen Strafanzeigen und Klagen absichern.

Hier ein Artikel von Andreas Unterberger: [„Was die Krankenkassen wirklich gesunden würde“](#):
Im gegenwärtigen System wird hingegen der Konsument immer nach der teuersten Leistung verlangen, wird manche Dinge ohne Grund dreifach in Anspruch nehmen, wird sich Medikamente verschreiben lassen, die er eh nie zu nehmen gewillt ist.

Dieses Konsumdenken gibt es auch bei den Patienten, jeder möchte die beste Leistung haben, weil es ihn nichts kostet. Ein Arzt, der nur wenige Medikamente verschreibt, ist nicht gerne gesehen. Die Pharmaindustrie tut alles, damit die Ärzte möglichst viel verschreiben, da ist auch oft massive Korruption im Spiel. Der Arzt profitiert etwa von Gratis-Kongressreisen. Je mehr er behandelt, umso mehr verdient er. Hier ein Beispiel dieser Korruption in DWN: [„Pharma-Firmen zahlen hunderte Millionen an Ärzte und Krankenhäuser“](#). Diese Marketing-Ausgaben werden etwa als Beiträge für klinische Studien getarnt.

Die Frühpension:

In Deutschland gibt es jetzt die Rente mit 63, obwohl überall gefordert wird, dass die Leute bis 70 oder noch länger arbeiten sollen. Für privilegierte Gruppen im Staatsdienst gibt eine Super-Pension sogar noch früher. In seinen Ursprüngen stammt dieses System von Reichskanzler Bismarck aus den 1880ern. Damals musste man bis 70 arbeiten und bekam danach eine kleine Rente. Bismarck wollte damit den Einfluss des aufstrebenden Sozialismus bremsen.

Das heutige System in Deutschland stammt von Konrad Adenauer von 1957. Hier Wikipedia dazu: [„Rentenreform 1957“](#):

Der Grund dafür, dass die Kritiker und Gegner der Reform bei ihrer Umsetzung kaum angehört wurden, lag in der anstehenden Bundestagswahl 1957. Umfragen hatten ergeben, dass das Ansehen Adenauers und der CDU in der Wählergunst gesunken war und dass die Oppositionsparteien über mehr als die Hälfte der Stimmen verfügten. Vor allem die unpopuläre Streitfrage der Wiederaufrüstung und die Einführung der Wehrpflicht hatten die Bundesregierung in der Bevölkerung unbeliebt gemacht. Es war Adenauer selbst, der die Umsetzung der Reform vorantrieb.

Was sehen wir da: klassischen Stimmenkauf, Adenauer wollte damit die anstehende Bundestagswahl gewinnen. Praktisch alle weiteren Änderungen im System kann man als Stimmenkauf sehen. Der Beitragszahler bemerkt es nicht direkt, da die Rentenbeiträge vom Arbeitgeber abgeführt werden, die Rentner bekommen aber bares Geld überwiesen.

Jetzt zur Situation in Österreich. Dort glauben alle ein Recht darauf zu haben, schon mit 60 oder früher in Pension zu gehen. Wenn es geht, ohne Abschläge und mit der Möglichkeit dazuverdienen zu können, wie es bei Beamten möglich ist. Hier 2 Artikel in der Presse: [„Die Zweiklassengesellschaft und ihre Privilegienpensionisten“](#), [„Stadtwerke: Frühpension für Wiener Bürobeamte“](#)

Solange Länder die Frühpension zum Verstecken von Arbeitslosigkeit nutzen, gibt es nicht den geringsten Anlass, die ASVG-Reform weiterzuführen.

Anderswo sieht die Lage entschieden entspannter aus: Die Wien Energie etwa entledigt sich gerade 800 ihrer Beamten per Frühpensionierung. Nach Beamtendienstrecht selbstverständlich – und zum Teil im zarten Alter von 55 Jahren. Mit sicherlich recht komfortablen Pensionen, denn Wien gehört ja zu jenen Ländern, die die schwarz-blaue Beamtenpensionsreform nach mehr als einem Jahrzehnt noch immer nicht umgesetzt haben.

Warum wohl hat Wien die Verschlechterung der Beamtenpensionen nicht umgesetzt? Weil ein Grossteil der Landespolitiker aus dem staatlichen Bereich kommt: eine Krähe hackt einer anderen kein Auge aus. Das Entsorgen von älteren Arbeitnehmern in die Frühpension hat bereits in den 1980ern in der damaligen, verstaatlichten Industrie begonnen. Man wollte die Entlassungen „sozial verträglich“ gestalten. Die dort starken Betriebsräte verlangten es. Heute ist das allgemein üblich geworden, nicht nur beim Staat, auch in der Privatwirtschaft. Auch dass Frauen mit 60 in die Regelpension gehen dürfen, Männer erst mit 65 ist auch eine solche Merkwürdigkeit. Keine Feministin möchte hier „Gleichberechtigung“, warum nicht? In der Realität gibt es aber kaum mehr einen Unterschied, da meisten Männer ihr vermeintliches „Menschenrecht auf Frühpensionierung“ in Anspruch nehmen. Das ganze System ist praktisch unbezahlbar geworden, in einer Depression bricht es von selbst zusammen, wie derzeit in Griechenland zu sehen ist.

Der Moloch Sozialsystem ist noch viel grösser:

Auf die Erstausgabe dieses Artikels sind eine Menge Leserzuschriften reingekommen, auf den Seiten [Multikulti](#) und [Sozialsysteme](#) von Hartgeld.com sind die interessantesten Zuschriften. Hier eine Zuschrift aus Deutschland:

Sie, Herr Eichelburg, haben mit Ihrem Artikel "Der Sozialstaat muss weg" den Nagel auf den Kopf getroffen. Das normale Rentensystem in BRD und z.B. Krankenhauswesen sind garnicht mal das schlimmste. Ich selbst hatte eine Führungsposition bei einem Landkreis bevor ich es nicht mehr aushielt und Freelancer wurde. Ich nenne ihnen jetzt aber mal den ultimativen Sprengsatz - neben dummen Beamten - im Sozialsystem der BRD: SOZIALARBEITER Wem das fragwürdig erscheint, der halte sich vor Augen, dass die rote AWO, Caritas und Diakonie mehrere Millionen Leute beschäftigen, davon Hunderttausende Sozialarbeiter. Auch in den Kommunalverwaltungen sitzt dieses Pack. Die kosten den Staat Milliarden.

Aber was diese Leute so gefährlich macht ist folgendes: Ich habe jahrelang dieses Pack erlebt. In meiner Abteilung waren 8 von 11 Mitarbeitern Sozialarbeiter. Ich habe auch viele dieser Art bei den Wohlfahrtsverbänden erlebt. Diese Leute haben unsere Gesellschaft zerstört! Sie geben sich nach außen gut, doch sie sind repressiv und verschlagen, zu 90 % wählen sie grün. Sie sind Nichtskönnner, denn sonst hätten sie einen redlichen Beruf erlernt. Mit der Empörungsmasche haben diese krankhaften Weltverbesserer eine Gedankendiktatur geschaffen, um ihre kleinen Karrieren zu befeuern. Die Masche, die dieses Pack fährt, ist perfide: Durch die ständige Behauptung von Scheinfakten werden Finanzierungen durchgeboxt. Diese Irren führen einen scheinintoleranten Krieg gegen irgendwelche Diskriminierungen und sind angeblich für Gleichheit.

Doch jetzt kommt es: Dieser angebliche edle Kampf ("wir brauchen Frauenhäuser... wir brauchen noch mehr Jugendpfleger... wir brauchen noch mehr Pflegeplätze wegen dem nicht existenten demografischen Wandel... Wir brauchen noch mehr Tafeln, um die Leute von uns abhängig machen... Wir brauchen noch mehr Beratungsstellen für Aids-Kranke, Schwule, Pädos,... Wir brauchen noch mehr Kinderrippen, damit die armen Frauen in Erwerbsarbeit gehetzt werden können, weil die bösen Männerinnen immer weniger verdienen").

Jedoch habe ich erlebt, dass diese Sozialarbeiter durch ihre Arbeit die Menschen (Alte in der Altenhilfe, Jugendliche und Familien in der Jugendhilfe, Migranten, Hartz4ler, Obdachlose etc. etc.) nur in Abhängigkeit halten wollen. Mit einem Wort: Die Probleme, die Sozialarbeiter verursachten (z.B. Zerstörung der klassischen Familien) gibt ihnen wiederum Grund zur Intervention.

Dieses Pack hat alle gesellschaftlichen Bereiche durchdrungen und schreiben durch die Behauptung von Scheinfakten politischen Gremien vor, was zu beschließen ist, dabei übertönt Betroffenheitsgeschrei jede sachliche Erwägung.

Diese Parasiten haben unsere Gesellschaft mit ihrem neomarxistischen Programm mit zerstört.

Machen Sie weiter, Herr Eichelburg.

Wie jede Bürokratie versuchen auch diese Bürokratien zu wachsen. Alles auf Staatskosten. Das wesentliche Ziel jeder Bürokratie ist zu wachsen. Denn je mehr Leute ein Chef unter sich hat, umso „wichtiger“ ist er. Akademiker zählen dabei doppelt. Ab einer bestimmten Position gibt es dann Sachen wie tolle Büros mit Vorzimmerdamen, Luxus-Dienstautos, Riesen-Gehälter mit toller Altersversorgung. Um das geht es wirklich. Nicht nur im Staatsapparat, auch bei Caritas oder Diakonie, und auch bei den „wohltätigen“ NGOs. Dort fließen oft über 80% der Spendeneinnahmen in Marketing, Vertrieb und Verwaltung.

So ist aus den Leserzuschriften zu der Erstausgabe dieses Artikels zu entnehmen, dass in Österreich und Deutschland derzeit mit allen Mitteln versucht wird, die offizielle Arbeitslosenzahl zu senken. Geld für Schulungen, usw. spielt dabei absolut keine Rolle.

Ebenso kamen reihenweise Beispiele für Simulanten herein. Egal, ob mit „psychischen Krankheiten“, undefinierbaren Schmerzen, usw. lassen sie sich vom Sozialsystem aushalten. Die dabei zu

erzielenden Goodies gehen von der Frühpension, über persönliche Helfer bis zum Behinderten-Ausweis für das Auto. Alles vom Staat bezahlt.

Weil wir bei den gesetzlich vorgeschriebenen Behinderten-Parkplätzen sind: fast nie steht dort ein Auto, aber der Steuerzahler darf dort nicht parken. Ich tat es 2013, als meine Frau nach einem Unfall auf Krücken ging, auf einer Autobahnraststätte bei St. Pölten trotzdem. Prompt kam eine Anzeige mit der Aufforderung zur Lenkeraskunft. Das schrieb ich der Bezirkshauptmannschaft St. Pölten:

Jetzt frage ich Sie: sind Behindertenparkplätze nicht auch für solche Fälle da, oder nur für Personen mit Behindertenplakette am Auto, egal, ob sie wirklich behindert sind, oder nicht? Die steuerzahlenden Österreicher sind über diese Behindertenparkplätze, auf denen fast nie ein Auto steht, ohnehin schon angefressen. Es wird Zeit, dass auch dieser Teil der Political Correctness bald abgebrochen wird. In den Städten wegen der Radwege Fussgängerfallen bauen und wenn sich die an diesen „grünen“ Fallen schwer Verletzten dann auf Behindertenparkplätze stellen, sie dann zu bestrafen, ist einfach zu viel.

Im meinem Brief waren noch einige Drohungen mit dem Gang zu den Medien drinnen. Die BH St. Pölten wollte trotzdem eine genaue Diagnose des Unfalls meiner Frau haben. Aber dann war Ruhe. Die Dokumentations-Pflicht des Bürokraten war erfüllt. Der normale Steuerzahler wird von diesen Biestern bis aufs Blut gequält. Nehmen wir einmal an, ein „Flüchtling“ stellt sich auf so einen Behindertenparkplatz. Dem passiert garantiert nichts. Weg mit diesem Bürokraten-Pack.

Der „Rettungs-Apparat“ ist auch riesig:

Man braucht sich nur einmal in den Medien anzusehen, was bei Unfällen aller Art alles auffährt: Polizei, Feuerwehr, Rettung. Selbst bei mittleren Unfällen ist der Rettungs-Hubschrauber auch da. Hier wieder das selbe Phänomen: keine Organisation will sich vorwerfen lassen, nicht alles getan zu haben. Die Kosten sind egal, es zahlt ohnehin alles der Staat oder die Krankenkassen.

Ja, das Leben ist der höchste Wert, egal, wie es nach einem Unfall aussieht. Da wird sogar das Leben von Genickbruch-Opfern noch gerettet, die überhaupt nichts mehr bewegen können. Die aufwändige Pflege zahlt auch der Staat. Hauptsache, die Chirurgen können nach der Lebensrettung vor die Presse treten und sagen: wir haben wieder ein Leben gerettet, obwohl es sehr schwierig war. Danach schreiben sie klarerweise wissenschaftliche Artikel darüber für ihre Karriere, denn ohne Habilitation wird man heute kaum mehr Chefarzt.

Da dürfen auch die „Kriseninterventions-Teams“ aus Psychologen nicht fehlen, die alle Betroffenen psychologisch betreuen. In Wirklichkeit ist das nur eine Arbeits-Beschaffungs-Massnahme für die vielen, sonst arbeitslosen Psychologen. Alles vom Staat bezahlt. Es wird wirklich Zeit für die grosse Abspeckung.

Die Handschrift des Sozialismus

Hier eine sehr interessanten Leserzuschrift aus Deutschland:

Der Sozialismus trennt Verantwortung und Entscheidungsbefugnis. Ob das im Finanzsystem oder im Sozialsystem ist. Es ist immer die gleiche Handschrift. Im Finanzsystem soll der Sparer für die Bank haften, obwohl er keinerlei Entscheidungsbefugnis über die Bank hat. Man sehe sich die Entscheidungen der EZB mal an.

Im Sozialsystem zahlt der Beitragszahler, die Politik entscheidet, was die Krankenkasse abdecken muss und wer er Nutznießer ist, wessen Rechnung die KK zu tragen hat - Stichwort: Flüchtlinge, Geringverdiener; EU-Migranten, welche nichts ins Sozialsystem eingezahlt haben etc.

Auch die Festsetzung einer Beitragsbemessungsgrenze ist sozialistisch.

Auch der Slogan "starke Schultern hätten mehr zu tragen ..." trieft nur vom Sozialismus. Mein Nachbar, der Schwarzarbeiter hat die gleichen Rechte, wenn er den Minimalsatz von 100 Euro an die KK bezahlt, wie ich mit 650 Euro ! Er kann die schwachen Schultern mimen.

Wenn ein Ausländer ins Land kommt, dann wälzt die Politik die Sozialkosten auf den Zahler ab, der NICHTS zu melden hat.

Auch die GEZ ist so ein Auswuchs. Die Politik bestimmt, wie hoch der Beitrag ist. Auch die Sache mit dem Ökostrom, wo die Politik bestimmt, wieviel der Verbraucher an die Ökostrom-Prozenten bezahlen muss, auch wenn dieser keinen Strom liefert, weil die Zuleitung fehlt.

Es ist immer die gleiche Handschrift, Zahler und Entscheider sind unterschiedliche Personengruppen.

Im Sozialsystem ist das ganz besonders stark ausgeprägt. Der Zahler muss zwangsweise zahlen, die Beiträge sind etwa bei der Krankenversicherung von seinem Einkommen abhängig, alle bekommen aber die gleiche Leistung. Was der Leistungsberechtigte bekommt, hängt von vielen Umständen ab, etwa, ob eine Klage aussichtsreich wäre. Sehr häufig muss er selbst bezahlen, weil er im staatlichen System endlos warten müsste.

Hier einige Zahlen aus Deutschland auf MMnews: „[Sozialausgaben: fast 1 Bio.](#)“:

Das waren 4,5 Prozent mehr als 2014 (849,8 Milliarden Euro). Die höchsten Einzelposten im Sozialbudget waren demnach die Rente (282,4 Milliarden Euro), die Krankenversicherung (211,9 Milliarden Euro) und die Beamten-Pensionen (52,9 Milliarden Euro).

Mitzureden dabei hat der Zahler nichts, die Politik bestimmt im Grossen, die Gerichte im Kleinen. Der Zahler kann höchstens als Wähler versuchen, etwas zu ändern, aber auch das wird nichts bringen, da alle Parteien heute mehr oder weniger sozialistisch sind. DWN: „[Bundeshaushalt: Massive Sozial-Ausgaben blockieren Investitionen](#)“. Alle Parteien sind heute auf den Stimmenkauf angewiesen. Richtige Einschnitte im Sozialsystem würden sofort massivste Proteste von allen Betroffenen auslösen und damit die Wiederwahl-Chancen solcher Parteien reduzieren. Dafür lässt man lieber die Brücken, Schulen und Strassen verfallen.

Man braucht sich nur an die Hartz-Reformen unter Bundeskanzler Schröder erinnern, da erbebt der Blätterwald richtig. Langzeitarbeitslose Deutsche werden in den „Jobcentern“ endlos gequält, während arbeitslose Ausländer alles ohne Probleme bekommen. Bei den naiven Sozialgerichten kann fast jede Zusatzleistung von Hartz-IV-Empfängern durchgesetzt werden. Das ist sicher bewusst so aufgezogen, damit jeder Deutsche sieht, dass er [Bürger 2. Klasse](#) ist. In anderen Staaten Europas ist es genauso. Hier ein passender Artikel auf PI aus 2013: „[Bundespräsident Gauck fördert Bigamie](#)“. Da geht es um einen Moslem mit 2 Frauen und vielen Kindern, die alle von Hartz-IV leben. Und der deutsche Bundespräsident übernimmt sogar noch die Patenschaft für eines der Kinder. Das war damals in vielen Zeitungen. Bemerkte die politische Klasse nicht, wie sie sich selbst und ihr Sozialsystem diskreditiert?

Daher muss dieses gesamte System gemeinsam fallen: Politik, Geldsystem und Sozialsystem. Der Abbruch dieses Systems mit Bürgerkrieg und Crash wird zugegebenerweise hart, aber der Sozialismus muss aus den Köpfen der Leute raus, was nicht einfach ist. Es wird passieren.

Dieses System gibt es nicht mehr lange:

Wie es derzeit aussieht, wird es dieses politische System und auch das Sozialsystem nicht mehr lange geben. Merkels Abtritt dürfte unmittelbar bevorstehen, dann kommen die Schweinereien über die Politik heraus, gleich danach der Terror und Crash. Möge uns der neue Kaiser dann bald retten.



Disclaimer:

Wir möchten feststellen, dass wir keine Finanzberater sind. Dieser Artikel ist daher als völlig unverbindliche Information anzusehen und keinerlei Anlage- oder sonstige Finanzierungsempfehlung – wie ein Zeitungsartikel. Wir verkaufen auch keine Finanzanlagen oder Kredite. Jegliche Haftung irgendwelcher Art für den Inhalt oder daraus abgeleiteter Aktionen der Leser wird ausdrücklich und vollständig ausgeschlossen. Das gilt auch für alle Links in diesem Artikel, für deren Inhalt ebenfalls jegliche Haftung ausgeschlossen wird. Bitte wenden Sie sich für rechtlich verbindliche Empfehlungen an einen lizenzierten Finanzberater oder eine Bank.

© 2016 by Walter K. Eichelburg, Reproduktion/Publikation nur mit Zustimmung des Autors.

Zitate aus diesem Artikel nur mit Angabe des Autors und der Quelle: www.hartgeld.com

HTML-Links auf diesen Artikel benötigen keine Zustimmung.

Zum Autor:

Dipl. Ing. Walter K. Eichelburg ist über seine Hartgeld GmbH Betreiber der Finanz- und Goldwebsite www.hartgeld.com in Wien. Er beschäftigt sich seit mehreren Jahren intensiv mit Investment- und Geldfragen. Er ist Autor zahlreicher Artikel auf dem Finanz- und IT-Sektor. Er kann unter walter.eichelburg@hartgeld.com erreicht werden.